

Vom „Europameister Deutschland“ bis zur Bundeswehr am Hindukusch

Rüstungsexporte und Afghanistan waren die Hauptthemen bei der Diözesanversammlung in Gengenbach mit Christine Hoffmann und Jürgen Grässlin

Der Freiburger Friedensaktivist Jürgen Grässlin sowie die Generalsekretärin der Deutschen Sektion von pax christi, Christine Hoffmann, waren zu Gast auf der diesjährigen Diözesanversammlung der pax christi-Bewegung im Haus La Verna in Gengenbach. Die TeilnehmerInnen beschäftigten sich dabei mit Rüstungsexporten, dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan sowie der „Free Gaza“-Hilfsaktion. Außerdem wurde Daniel Huber aus Waldulm zu einem Freiwilligendienst nach Ecuador entsandt.

Während die Generalsekretärin extra aus Berlin kam, um den rund 30 TeilnehmerInnen ihre Einschätzung der Afghanistanpolitik sowie der Aktion „Die Blockade beenden – Ein Schiff mit medizinischen Hilfsgütern für Gaza“ zu erläutern, war der Friedensaktivist Jürgen Grässlin, der unter anderem Bundessprecher der DFG-VK und Vorsitzender des Rüstungs-Informations-Büros in Freiburg ist, von Freiburg nach Gengenbach gekommen, um mit den friedensbewegten Katholiken von pax christi darüber zu diskutieren, wie deutsche Waffenexporte an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten gelangen und was die Friedensbewegung dagegen unternehmen kann.

Grässlin erläuterte, wie der „Europameister Deutschland“ seine Waffenlieferungen auf ein erneutes Rekordniveau gesteigert habe. Dabei hätten moralische Grenzen offensichtlich nicht existiert, wenn in den vergangenen Jahren Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge, Panzer und Gewehre an kriegsführende und menschenrechtsverletzende Regime geliefert wurden – unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung der jeweiligen Bundesregierung, die diese Exporte genehmigte.

So sicherten derzeit Waffenlieferungen an menschenrechtsverletzende Staaten, wie Saudi-Arabien, Malaysia und die Vereinigten Arabischen Emirate, die Profite der deutschen Rüstungsindustrie, sagte der Freiburger Rüstungsexperte. Beispielhaft seien hier übrigens die beiden baden-württembergischen Waffenschmieden von Daimler/EADS und Heckler & Koch. Grässlin zeigte auf, wie mit deutschen Waffen und Lizenzvergaben weiterhin Öl ins Feuer der kriegerischen Auseinandersetzungen im Irak, in Afghanistan, Pakistan oder der Türkei gegossen werde. Auf diese Weise leiste Deutschland mit seinen Waffenexporten Beihilfe zum Massenmorden in aller Welt.

Und auch der Koalitionsvertrag unter der jetzt christlich-liberalen Bundesregierung lasse künftig das Schlimmste befürchten, so Grässlin. Dabei hätte Deutschland aus den Opferzahlen der Vergangenheit lernen können, sagte der Friedensaktivist und verwies darauf, dass allein die Direktexporte und Lizenzvergaben der Gewehre und Maschinenpistolen von Heckler & Koch bis heute mehr als 1,5 Millionen Menschen das Leben gekostet und eine weitaus größere Zahl von Opfern zeitlebens verstümmelt hätten.

Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, starte die Friedensbewegung nun eine Kampagne gegen Rüstungsexporte, sagte Grässlin und warb für ein breites Bündnis von Rüstungsgegnern. Er erinnerte die katholische Friedensbewegung an den so genannten Rüstungsexportbericht der „Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE) und mahnte an, daraus auch von Seiten der Kirchen nun endlich die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Dieser Forderung stimmte pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann zu und verwies darauf, dass die Deutsche Sektion sich des Themas angenommen habe und es auch in die Deutsche Bischofskonferenz einbringen wolle.

Ausgehend von dem von Margot Kässmann aus ihrer Neujahrspredigt bekannt gewordenen Ausspruch „Nichts ist gut in Afghanistan“ erläuterte Christine Hoffmann dann ihre Einschätzung der gegenwärtigen Afghanistanpolitik. Sie verwies darauf, dass der ehemalige Militärbischof Walter Mixa sich bereits vor Kässmann ähnlich geäußert hatte, von der Öffentlichkeit aber kaum wahrgenommen wurde. Fakt sei, so Hoffmann, dass Zweidrittel der deutschen Bevölkerung gegen den Krieg in dem Land am Hindukusch und für den Abzug der Bundeswehr sei, die Politik diesen Wunsch aber anscheinend nicht respektiere. Immerhin sei spätestens seit dem Luftangriff bei Kunduz jetzt allen klar, dass deutsche Soldaten dort in Kampfhandlungen verwickelt sind.

Hoffmann erläuterte die Stellungnahme des pax christi-Präsidiums, wonach der Militäreinsatz gescheitert sei. Gerade wer den deutschen Soldaten und Soldatinnen in Afghanistan den Rücken stärken will, müsse den Mut zur Wahrheit haben und das Scheitern des bisherigen Afghanistan-Einsatzes offen benennen. Der in den Petersberger Gesprächen 2001 vereinbarte Prozess habe nur in die Sackgasse der kriegerischen Eskalation geführt. Ein massiver Widerstand, wie er sich inzwischen im Norden Afghanistans gegen die ISAF-Mission formiert, sei nicht mit militärischen Mitteln zu überwinden, sagte die Generalsekretärin in Gengenbach. Vielmehr müsse der Frieden für Afghanistan von innen wachsen. Ein Friede könne nur dann von außen gefördert werden, wenn die Mittel dazu geeignet seien, die Zivilgesellschaft und ihre Fähigkeit zum Dialog, zum Ausgleich gesellschaftlicher Kräfte und zur Konfliktregulierung zu stärken.

Ein weiteres Thema, das den ZuhörerInnen unter den Nägeln brannte, war die Aktion „Die Blockade beenden – Ein Schiff mit medizinischen Hilfsgütern für Gaza“, welche die deutsche Sektion zusammen mit zahlreichen Nichtregierungsorganisationen aus 38 Nationen mitgetragen hatte. Ausgehend von dieser Aktion, die auch unter dem Begriff „Free Gaza“ bekannt wurde, wollten die TeilnehmerInnen der Diözesanversammlung wissen, wie pax christi seine Kooperationspartner aussuche und welche Rolle die Gewaltfreiheit bei solchen Aktionen spiele.

Christine Hoffmann konnte über vielfältige Reaktionen berichten, die das Deutsche Sekretariat in Berlin seit dem Aufbringen des Schiffes Mavi Marmara erreicht hatten. Während bei einem Teil der Rückmeldungen der öffentliche Protest gegen das Unrecht der Blockade des Gazastreifens ausdrücklich begrüßt wurde, sahen andere pax christi mitverantwortlich für die Gewalteskalation oder fragten an, wie die Aktion mit der Sorge um das Existenzrecht Israels in Einklang gebracht werden könne.

Die Generalsekretärin erinnerte daran, dass es das Ziel der Aktion gewesen sei, Hilfslieferungen in den Gazastreifen zu bringen und gleichzeitig auf das Unrecht der Blockade aufmerksam zu machen. Gemessen an der außerordentlichen, weltweiten Aufmerksamkeit könne gesagt werden, dass das zweite Ziel voll erreicht wurde. Weltweit hätten Regierungen einschließlich der Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Blockade kritisiert und von Israel das Ende der Blockade gefordert. Unmittelbar nach Aufbringen der Mavi Marmara habe sich der Weltsicherheitsrat mit dem Vorgang befasst, inzwischen habe zudem die israelische Regierung die Einfuhrbestimmungen in den Gazastreifen für Güter des alltäglichen Gebrauchs gelockert.

So habe die Blockade ihre stillschweigende Akzeptanz der Weltöffentlichkeit verloren, alternative Konzepte zur Kontrolle von Waffenlieferungen oder Bauteilen für Waffen in den Gazastreifen würden diskutiert. Ein Ende der Blockade stehe auf der politischen Tagesordnung. Nach wie vor ungeklärt sei die Frage, wie es zur Gewalteskalation auf dem Schiff kommen konnte, in deren Folge neun Menschen starben. Die Aktion „FreeGaza“ habe gewaltfrei

gearbeitet, versicherte Christine Hoffmann. Die Zielsetzung der Entsendung der Schiffsflotte habe keine andere Vorgehensweise erlaubt, so Hoffmann. Nur unter dieser Voraussetzung konnte pax christi der Mitträgerschaft der Aktion zustimmen. Der Tod der neun Aktivisten verpflichte nun alle Beteiligten, in aller Offenheit und auch mit der nötigen Selbstkritik nach den Ursachen der Gewalteskalation auf der Mavi Marmara zu fragen. Hier habe pax christi von Anfang an eine unabhängige Untersuchungskommission zur Aufklärung dieser Vorgänge gefordert. Deren Ergebnisse müssten nun abgewartet werden.

Themen, die die Diözesanversammlung in Gengenbach ebenfalls diskutiert hat, waren die Abschiebungen von Roma in den Kosovo oder die Zukunft des Bühler Kreuzes. In einem ausführlichen Gottesdienst entsendeten die TeilnehmerInnen zudem Daniel Huber zu seinem Freiwilligendienst bei einer Entwicklungsorganisation in Ecuador. Bei der nächsten Diözesanversammlung vom 22. bis 24. Juli 2011 im Haus Hochfelden in Sasbach wird er dann vielleicht schon von seinen Erfahrungen in dem Projekt Yachachic berichten können.

Markus Weber

Nachtrag:

UN-Untersuchungsbericht zur Gaza-Freiheits-Flotte

pax christi unterstützt Forderung nach Strafverfolgung

Vier Monate nach dem gewaltsamen Aufbringen der Gaza-Freiheits-Flotte durch die israelische Armee hat die Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsausschusses ihren Abschlussbericht vorgelegt. Der Bericht stellt ausdrücklich fest, dass keine Waffen durch die Passagiere an Bord der Schiffe gelangt waren. Damit sei die Selbstverpflichtung der Passagiere, keine Waffen an Bord zu nehmen und die Kontrollen des Organisationsstabes eingehalten worden. Der Untersuchungsbericht bescheinigt allen Zeugen „einen Geist der Menschlichkeit erfüllt mit großer Sorge um das Wohlergehen der Menschen in Gaza.“ Dort sei eine humanitäre Krise existent. Das Abfangen der Schiffe auf Hoher See sei eindeutig ungesetzlich gewesen, heißt es in dem Bericht weiter. Das Verhalten israelischer Militärs gegenüber den Passagieren sei „nicht nur unverhältnismäßig gewesen, sondern zeigte Stufen von völlig unnötiger und unglaublicher Gewalt. Es verriet einen unakzeptablen Grad an Brutalität.“ pax christi sieht sich in der Zielsetzung der Gewaltfreiheit der Aktion bestätigt, ohne darüber die Trauer um und das Gedenken an die neun getöteten Passagiere zu vergessen. Die von der Kommission benannten Verstöße, vorsätzliche Tötungen, Folter und Misshandlungen sowie vorsätzlich zugefügtes Leid oder ernsthafte Verletzungen müssen nun dringend strafrechtlich verfolgt werden. Generell erkennt pax christi in dem Bericht einen Meilenstein in der Beurteilung von zivilgesellschaftlichen Aktionen gegenüber lang anhaltenden Unrechtssituationen, die von der internationalen Gemeinschaft nicht gelöst werden.